

Deutsche Rußlandpolitik unter Druck

Hannes Adomeit / Katrin Bastian / Roland Götz

Bereits Mitte der neunziger Jahre war die Rußlandpolitik der Regierung Kohl Gegenstand innenpolitischer Auseinandersetzungen. Mit ähnlichen Argumenten wie damals wird heute die Politik Bundeskanzler Schröders kritisiert. Man beanstandet den angeblichen »Schmusekurs« gegenüber der russischen Staatsspitze bei Verzicht auf öffentliche Kritik an den inneren Verhältnissen in Rußland und an den imperialen Verhaltensweisen des Kremls gegenüber den russischen Nachbarstaaten. Putins Haltung zur Ukraine vor und nach den dortigen Präsidentschaftswahlen forderte die deutsche Rußlandpolitik zusätzlich heraus. Deutschland, so der Vorwurf, beschreite einen Sonderweg, der nicht mit der EU-Politik gegenüber Rußland abgestimmt sei. Inwieweit ist derartige Kritik berechtigt? Mit welchem Rußland hat es die deutsche Politik zu tun, und welche Handlungsoptionen stehen ihr zur Verfügung? Wie paßt sich die deutsche Rußlandpolitik in die Partnerschaftspolitik der EU gegenüber Rußland ein?

Spätestens seit der Verhaftung des Jukos-Chefs Chodorkowskij im Oktober 2003 und den Parlamentswahlen vom Dezember 2003, in denen unter Schützenhilfe des Kremls die liberalen Parteien hinweggefegt wurden, wird Putins Innenpolitik vom Westen kritischer betrachtet. Die sowjetisch anmutende Handhabung der Beslan-Tragödie im September 2004 – Irreführung der Öffentlichkeit, mangelnde Aufklärung des Geschehens – und die darauf folgende Ankündigung, die zentrale Staatsmacht weiter straffen zu wollen, haben die Zweifel an der demokratischen Entwicklung Rußlands verstärkt.

Gleichzeitig haben Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers, in denen er Verständnis für die russische Tschetschenien-

politik und für das russische Vorgehen in der Jukos-Affäre sowie seinen Glauben an die demokratischen Überzeugungen Präsident Putins bekundete, Irritationen in der deutschen Öffentlichkeit sowie in allen Bundestagsparteien hervorgerufen. Schröders demonstrative Herzlichkeit im Umgang mit Präsident Putin und die vermeintliche Achse Paris–Berlin–Moskau wurden im In- und Ausland argwöhnisch betrachtet. Im Deutschen Bundestag war Rußland schon am 13. November 2003 Thema einer Aktuellen Stunde, in der Abgeordnete der Opposition eine kritischere Haltung zu den Vorgängen in Rußland durch die Bundesregierung verlangten. Auch im Zusammenhang mit der Präsidentenwahl in der Ukraine wurden vom Kanzler in Bundes-

tagsdebatten am 24. November sowie am 1. und 3. Dezember 2004 klare Worte gegenüber Putin gefordert.

Die deutsch-russischen Beziehungen wurden und werden unverkennbar durch das Vertrauensverhältnis zwischen den Spitzenpolitikern der beiden Länder geprägt. Ein ähnliches Verhältnis hatte bereits zwischen Brandt und Gorbatschow, Kohl und Gorbatschow sowie Kohl und Jelzin bestanden. Während aber die persönlichen Beziehungen der Staatsmänner in den achtziger und neunziger Jahren noch unter dem Eindruck der Beendigung des Ost-West-Konflikts sowie der Lösung der Deutschen Frage standen, bot spätestens der Amtsantritt Putins Gelegenheit, auf eine weniger emotionale und eher geschäftsmäßige Beziehung umzuschalten. Dennoch ist das Gegenteil der Fall. Nicht zu unterschätzen ist dabei die schlichte Tatsache, daß Schröder in seiner Muttersprache mit Putin sprechen kann – in dieser Situation ist kein anderer europäischer Regierungschef. Weitere Gründe können in den Persönlichkeitsstrukturen und Lebensläufen Schröders und Putins gesucht werden, die den Tod von Angehörigen im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatten und die sich schon deshalb dem Gedanken einer Aussöhnung zwischen Deutschen und Russen und der Überwindung ihrer problematischen Geschichte verpflichtet fühlen. Beide verstehen sich auch als Anwälte der wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder: Der deutsche Bundeskanzler ist bekannt für seine Bereitschaft, um wirtschaftlicher Chancen willen moral-orientierte außenpolitische Positionen preiszugeben oder zumindest nicht öffentlich anzusprechen. Und damit wiederum kommt er Putins »Realpolitik« und »Pragmatismus« entgegen.

Von den persönlichen Beziehungen zwischen Schröder und Putin abgesehen muß die deutsche Politik entscheiden, in welchem Maße sie in ihren Beziehungen zur Russischen Föderation die bilaterale Dimension betonen will. Dahinter steht die Frage, ob nicht das Verhältnis zwischen

Deutschland und Rußland durch eine besondere Konstellation ausgezeichnet ist, aus der sich auch eine spezielle Intensität der gegenseitigen Beziehungen ergibt.

Grundstruktur und Stand der deutsch-russischen Beziehungen

Nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, dem Fall der Berliner Mauer sowie sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind die deutsch-russischen Beziehungen weitestgehend unbelastet von der Vergangenheit, zumindest für die politischen Eliten beider Länder. Es gibt zwischen Deutschland und Rußland weder ungeklärte Territorialfragen (auch nicht um Königsberg/Kaliningrad) noch ethnisch-religiöse Spannungen, wie sie andernorts das Verhältnis zwischen Staaten vergiften. Strittige Themen wie die ungelöste Beutekunstfrage oder die Rehabilitierung der in Rußland lebenden deutschen Minderheit belasten das deutsch-russische Verhältnis nicht wirklich.

Die deutsche Unterstützung für den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen wird in Rußland anerkannt und nicht, wie die amerikanische Einflußnahme auf die russischen Wirtschaftsreformen, als verfehlt zurückgewiesen. Deutsche Investitionen und kommerzielle Partnerschaften sind von russischer Seite erwünscht. Deutschland engagiert sich insbesondere in der Umweltkooperation, etwa bei der Vernichtung von Chemiewaffen und zusammen mit den USA bei der Entsorgung der atomgetriebenen U-Boote der russischen Nordmeerflotte.

Rußland bietet deutschen Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie einen Absatzmarkt mit großem Wachstumspotential und trägt somit zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in Deutschland bei. Umgekehrt ist Rußland für Deutschland ein wichtiger Lieferant von Energieträgern, insbesondere von Erdöl und Erdgas. Deutschland bezieht rund 30% seines importierten Erdöls aus Rußland, eine Größenordnung, die knapp 20% der russischen Erdölexporte ausmacht.

Rund 40% der deutschen Erdgaseinfuhren stammen aus Rußland, das sind ca. 25% des russischen Erdgasexports. Allerdings ist Deutschland damit weder bei Erdgas noch bei Erdöl Rußland auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, denn die konkurrierenden Anbieter von Norwegen über Algerien bis zum Iran sind längst oder zumindest demnächst am Markt und könnten russische Lieferausfälle kompensieren. Die Energiesicherheit Deutschlands kann folglich durch Diversifizierung der Bezugsquellen und muß nicht durch Bindung an ein einziges Lieferland gewährleistet werden. Für eine von energiepolitischen Rücksichtnahmen geprägte deutsche Rußlandpolitik gäbe es insofern eigentlich keine Veranlassung.

Auf politischer Ebene hat sich zwischen Deutschland und Rußland eine Breite und Dichte der Kontakte entwickelt, die von keinem anderen Land der EU erreicht wird. Über die regelmäßigen Regierungskonsultationen hinaus sind beide Länder in Gesprächsforen wie den »Petersburger Dialog« oder das »Deutsch-Russische Forum« eingebunden. Rußland ist der Hauptadressat der deutschen auswärtigen Kulturpolitik. Gegenwärtig sind 525 Hochschulpartnerschaften am deutsch-russischen Wissensaustausch beteiligt. Partnerschaften bestehen auf der Ebene von Bundesländern, Städten und Gemeinden. Im Bereich der Wirtschaftskooperation sind unter anderem der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, die vom Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft koordinierte Strategie-Arbeitsgruppe sowie deutsche und russische Industrievertreter im Rahmen von Rundtischgesprächen tätig. Die deutsche Präsenz in Rußland geht weit über Firmenrepräsentanzen hinaus und umfaßt eine Vielzahl von Verbänden und Stiftungen.

Deutschland tritt auch nicht, wie von weiten Teilen des außen- und sicherheitspolitischen Establishments in Moskau den USA und der EU als Ganzes unterstellt, als geostrategischer Konkurrent Rußlands im GUS-Raum und in anderen Weltregionen auf. Umgekehrt ist Rußland aus deutscher

Sicht unverzichtbarer Partner auf dem internationalen Parkett, mit dem man zusehends enger bei der Terrorismusbekämpfung zusammenarbeitet, der den deutschen Afghanistan-Einsatz durch die Gewährung von Überflug- und Landtransitrechten für die Bundeswehr erleichtert und die deutschen Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat unterstützt. Deutschland war Mitinitiator der Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Rußland sowie des europäischen Konzepts der »Vier gemeinsamen Räume« (Wirtschaft, Innere Sicherheit, Äußere Sicherheit, Forschung, Bildung und Kultur). Als erstes EU-Mitglied beschloß Deutschland Visaerleichterungen im Reiseverkehr mit Rußland, die seit Januar 2004 in Kraft sind.

Deutschland ist für Rußland ein EU-Mitglied, von dem es sich mehr Verständnis für seine Belange erhofft als von den »Brüsseler Bürokraten«. Daher mißt die russische Außenpolitik bilateralen Beziehungen zu Deutschland und anderen Ländern eine Vorreiterrolle bei der Fortentwicklung des Verhältnisses zur EU zu und sieht in der – mehr virtuellen als realen – »Achse« Moskau-Berlin-Paris ein gewisses Gegengewicht zu den USA. Deutschland seinerseits könnte sein gutes Verhältnis zu Rußland nutzen, um EU-Vorstellungen in Rußland populärer zu machen, und somit als Motor für die von der EU gewünschte Annäherung im Rahmen einer »privilegierten Partnerschaft« dienen. Diesem Anliegen steht aber entgegen, daß Rußlands Vorstellungen über Ziel und Inhalt des Annäherungsprozesses von jenen der EU und damit auch von jenen Deutschlands abweichen. Es geht dabei im Kern um die Bedeutung der »Werte« im Rahmen des Konzepts einer »strategischen Partnerschaft« sowie um das Verhältnis von Werten und Interessen.

Rhetorik und Realität der Partnerschaft

Rußland und Deutschland bezeichnen sich gegenseitig als »strategische Partner«. Angesichts der Inflationierung dieses Begriffs

in den internationalen Beziehungen wäre diese Tatsache alleine noch nicht von großer Bedeutung. Denn Rußlands wirklicher militärischer, sicherheitspolitischer und in diesem Sinne »strategischer« Partner sind und bleiben zweifellos die USA. Deutschland dagegen ist für Rußland faktisch vor allem ein Wirtschaftspartner, von dem es in erster Linie Hilfe bei der ökonomischen, nicht aber bei der gesellschaftlichen Modernisierung erwartet. Außerdem sieht die russische Außenpolitik die strategische Partnerschaft mit Deutschland bzw. der EU als Vehikel zur Vergrößerung ihres internationalen Handlungsspielraums sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber dem ostasiatischen Raum an. In diesem geopolitischen Konzept ist jedoch keine Einflußnahme auf die inneren Verhältnisse Rußlands vorgesehen.

Aus russischer Sicht wird unter strategischer Partnerschaft vor allem die ökonomisch-technische Zusammenarbeit verstanden, wobei Rußland das Prinzip der Reziprozität betont: Es gehe nicht einfach um eine Übernahme von EU-Vorstellungen, sondern allenfalls um eine gegenseitige Annäherung und Anpassung.

Noch deutlicher ist die Distanzierung von Europa in zahlreichen russischen politischen Beiträgen. In der philosophisch-politologischen Diskussion der Ära Putins ist eine Hinwendung zu konservativen Positionen zu beobachten. Dabei gewinnt die »linkskonservative« Richtung an Boden, für die der Begriff der Souveränität Rußlands die zentrale Rolle spielt. In dieser Weltsicht ist Rußland »Großmacht«. Für eine Integration mit Europa ist darin kein Platz, sondern nur für eine Anerkennung der als legitim erachteten Unterschiede. Dieser Sicht zufolge gehört Rußland zwar zu Europa, gleichzeitig wird aber eine spezifisch »eurasische« Ausrichtung des Landes betont und die Anerkennung nationaler und kultureller Besonderheiten, Werte und Interessen gefordert. Zu diesem nationalen Sonderbestand zählen die angebliche Bereitschaft des Volkes, sich einer akzeptierten Führerpersönlichkeit unterzuord-

nen (wie Putin sie darstellt), sowie egalitäre Vorstellungen von einer angemessenen Wirtschafts- und Sozialordnung. Eine »russische Idee« wird postuliert, in der »Besonderheit« und »Gemeinschaftsgeist« eine Rolle spielen.

Derartige Vorstellungen kollidieren offenkundig mit der in den europäischen Staaten akzeptierten Geltung *universaler* Prinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft. Höchst problematisch ist der Umstand, daß die Behauptung andersartiger nationaler Spezifika, Werte und Interessen an ein intuitives Verständnis Außenstehender appelliert (»Rußland verstehen«). Sie selbst bieten keinerlei Anleitung für konkretes innen- und außenpolitisches Handeln, eignen sich jedoch gerade *wegen* ihrer Unbestimmtheit dazu, Abgrenzungen zu untermauern und problematische Maßnahmen zu rechtfertigen.

Deutschland hat sich mehrfach, zuletzt auf dem EU-Rußland-Gipfel in Rom im November 2003, zu einer strategischen Partnerschaft mit Rußland auf der Basis gemeinsamer Werte bekannt. Übereinstimmend mit den Empfehlungen des Europäischen Rats handelt es sich bei diesen Werten um *Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, marktwirtschaftliche Ordnung mit fairem Wettbewerb und Achtung der Menschenrechte*. Mit anderen Worten: Die Partnerschaft mit Rußland soll auf dem umfassenden europäischen Wertefundament beruhen, wobei von Rußland erwartet wird, daß es diese Wertegrundlagen anerkennt und ihre Durchsetzung zu seiner eigenen Sache macht. Aus europäischer Sicht ist diese Forderung eine Selbstverständlichkeit: Die europäischen Werte werden als unabdingbare und zweckmäßige Voraussetzung und Basis für die Schaffung eines modernen Staates mit einer modernen Wirtschaft betrachtet.

Aus dem Dilemma inkompatibler Vorstellungen gibt es zwei Auswege: Entweder schrauben beide Seiten die weitergehenden Ansprüche auf ein realisierbares Maß zurück oder sie halten an gemeinsamen

Werten fest und unternehmen verstärkte Anstrengungen, ihnen Geltung zu verschaffen. Für beide Strategien finden sich Argumente und Verfechter. Im Sinne des ersten Ansatzes wird von einigen Beobachtern des EU-Rußland-Verhältnisses gefordert, die Wertediskussion und auch die Strategiedebatte nicht zu forcieren, weil es sich ohnehin lediglich um »Scheindebatten« handle. Vielmehr sollten sich die Akteure auf die Durchsetzung von Interessen konzentrieren und Vereinbarungen in Detailfragen anstreben. Als beispielhaft für diesen Ansatz gelten die von der EU in Luxemburg im April 2004 Rußland eingeräumten Konzessionen als Gegenleistung für Moskaus Zustimmung zur Ausweitung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens auf die zehn neuen EU-Beitrittsländer und die in Moskau auf dem EU-Rußland-Gipfel im Mai vereinbarte Zustimmung der EU zum WTO-Beitritt Rußlands im Austausch gegen Rußlands Ratifizierung des Kyoto-Protokolls.

Die EU sowie Deutschland haben sich allerdings gegenüber Rußland auf eine »strategische Partnerschaft« festgelegt, die mehr bedeuten soll als eine pragmatische Kooperation auf begrenzten Feldern. Konkret zielt sie auf eine gemeinsame Agenda mit langfristigen Projekten in der Absicht, die bilateralen Beziehungen umfassend zu intensivieren und eben auch gemeinsame Werte zu verwirklichen. Von derartig elementaren Inhalten einer strategischen Partnerschaft kann die deutsche Seite kaum abrücken, wenn sie nicht die gesamte Konzeption der EU-Politik gegenüber Rußland in Frage stellen will.

Stabilität versus Demokratie?

Transformation in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft mit fairem Wettbewerb standen in der Jelzin-Ära ganz oben auf der westlichen und zumindest in der Anfangsphase des neuen Rußlands auch auf Moskaus Prioritätenliste. Heute rangiert an dieser Stelle der Begriff »Stabilität«. Kann dies aber im westlichen und richtig verstan-

denen russischen Interesse liegen? Ist eine »autoritäre Stabilisierung« russischen Musters sinnvoll, das »System Putin« wirklich stabil? In Rußland wird jedenfalls derzeit Stabilität wieder als Gegenbegriff zu Anarchie gebraucht, die ihrerseits mit Demokratie assoziiert wird. Im europäischen Verständnis muß Stabilität aber durch demokratische Prozesse legitimiert sein. Nicht ausreichend verstanden wird in Rußland die enge Verknüpfung des modernen Staates mit einer entwickelten demokratischen Gesellschaft. Die herrschende Elite fürchtet die Unordnung, die einer freien Gesellschaft angeblich innewohnt, infolgedessen auch die öffentliche Ausprägung von Konflikten und vor allem die Kritik an der Regierung und am Präsidenten durch vom Staat unabhängige Kräfte.

Die Demontage der Machtbalance und die Etablierung der Putinschen »Machtvertikale« hat mittlerweile ein kritisches Maß erreicht.

- ▶ Mit dem neuen Parteiengesetz von 2001 sowie dessen 2004 geplanten weiteren Änderungen wird die Parteigründung erheblich erschwert. Ab 2007 wird die Sperrklausel bei Dumawahlen auf 7% der abgegebenen Stimmen angehoben. Putin plant außerdem die Abschaffung von Direktmandaten in der Duma. Die Chefs der Republiken und anderen territorialen Einheiten sollen nach dem Willen des Kremls nicht mehr von der Bevölkerung, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von den Regionalparlamenten gewählt werden.
- ▶ Entgegen ursprünglichen Forderungen Putins, daß der Staat sich aus der Wirtschaft zurückziehen soll, ist im Energiesektor mit der Übernahme von Ölgesellschaften durch die halbstaatliche Gasprom eine Renationalisierung im Gange. Auch im militärisch-industriellen Komplex ist das Vordringen staatlicher Kontrolle nachweisbar.
- ▶ Nachdem die nationalen Fernsehanstalten in staatliche Regie überführt oder staatlicher Kontrolle unterworfen worden sind, wurde im Gefolge des

Terroranschlags im Moskauer Theater »Nordost« die Medienfreiheit gesetzlich weiter beschränkt; Rußland findet sich nach einem Bericht der »Reporter ohne Grenzen« in der Rangliste der Pressefreiheit weit unten auf Platz 147 von 167 untersuchten Ländern.

- ▶ Nichtregierungsorganisationen (NGOs) werden durch staatliche Kontrollmaßnahmen und Besteuerung behindert und eingeschüchtert. Das Versammlungsrecht wurde gesetzlich eingeschränkt. Putin beschuldigt in sowjetischer Manier die NGOs als Handlanger ausländischer Geldgeber staatsfeindlicher Umtriebe.
- ▶ Eine Militärreform, in der das Wehrwesen in eine demokratisch und rechtsstaatlich verfaßte Gesellschaft eingebunden wird, ist noch nicht einmal in Ansätzen begonnen worden. Der »alternative Wehrdienst« wurde entsprechend den Vorstellungen des Generalstabs geregelt.

Alle diese Schritte und Unterlassungen sind je für sich genommen noch nicht gravierend, sie summieren sich aber zu einer qualitativen Veränderung des politischen Systems. Ein moderner Staat ist auf eine Gesellschaft angewiesen, in der Stabilität nicht durch Kontrolle von oben, sondern durch »checks and balances« gewährleistet wird. Dies versteht die führende Schicht Rußlands ebensowenig wie vor 15 Jahren den Zusammenhang, daß Wettbewerb und freie Preise nicht Chaos produzieren, sondern effizientes Wirtschaften ermöglichen. Umgekehrt wird von der herrschenden Elite die Effektivität der »Machtvertikale« überschätzt, sind die Lehren aus dem Niedergang des Sowjetsystems schon wieder vergessen. Denn in einem bürokratisch-zentralistischen System will niemand Verantwortung übernehmen, werden Entscheidungen verschleppt und Fehler vertuscht. Wichtige Positionen werden mit Leuten zweiter Wahl besetzt, vorzugsweise aus Geheimdienstkreisen, da dieses System unabhängige Köpfe nicht erträgt und in erster Linie Loyalität einfordert. Korruption und das damit verbundene zynische Stre-

ben nach privater Bereicherung durchziehen und verderben den gesamten Verwaltungsapparat. Durch die Einschüchterung der Medien beraubt man sich jedoch des einzig wirksamen Instruments gegen Korruption und Amtsmißbrauch.

In Rußland wird irrigerweise unterstellt, daß der Westen ein Interesse daran haben könne – und angeblich hat –, Rußland zu schwächen. Dabei braucht selbst die Supermacht USA, die wie Rußland geostrategisch denkt, ein starkes Rußland, das nicht nur als Gegengewicht zur aufsteigenden zweiten Weltmacht China im Rahmen eines traditionellen Verständnisses von Mächtegleichgewicht dienen kann, sondern auch aktiver Partner bei der Bewältigung neuer Herausforderungen und beim Kampf gegen neue Bedrohungen ist. Die EU ist ebensowenig an einem schwachen, in seinem Umfeld Instabilität produzierenden Rußland interessiert. Daher ist die in Moskau Machtelite zirkulierende Vorstellung einer Rußland prinzipiell feindlich gesinnten, nur an seinen Rohstoffen interessierten westlichen Welt eine Fehlperzeption, der durch öffentliche Aufklärung entgegengewirkt werden könnte und sollte. Weitere Themen, die dringend eines öffentlichen deutsch-russischen Diskurses bedürfen, sind Tschetschenien und Rußlands Verhältnis zu seinen westlichen GUS-Nachbarn.

Tschetschenien – (k)ein öffentliches Thema?

Nach Meinung des Kremls ist Tschetschenien innere Angelegenheit Rußlands. Er versteift sich dabei auf eine Domino-Theorie, wonach die Unabhängigkeit Tschetscheniens den Abfall der anderen »islamischen« russischen Republiken des Nordkaukasus sowie Baschkortostans und Tatarstans nach sich ziehen würde. Eine andere Lösung als die »Tschetschenisierung« – gemeint ist die schrittweise Übertragung von Macht an eingesetzte Statthalter – gebe es nicht. Westlichen Kritikern wird, auch von Putin, unterstellt, sie wünschten die Entlassung Tschetscheniens in die Unab-

hängigkeit und damit den Zerfall der Russischen Föderation. Tatsache ist, daß der Tschetschenienkonflikt schon längst zu einem Problem der internationalen Politik geworden ist, weil er auf den gesamten Kaukasus ausstrahlt und zur Destabilisierung nicht nur Rußlands, sondern auch seiner Nachbarstaaten, vor allem Georgiens, führen kann.

Die Gegenposition zur offiziellen Kreml-Linie ist aber nicht Separatismus, sondern die Gewährung einer begrenzten Autonomie und die schrittweise Internationalisierung des Konflikts. Dabei könnten Vermittler aus europäischen Ländern, darunter auch Deutschland, eine wichtige Rolle spielen. Zu einer derartigen »road map« fehlt bislang allerdings die grundsätzliche Einwilligung Moskaus. Das Tschetschenienproblem deswegen ganz von der Tagesordnung zu nehmen und einzig auf »stille Diplomatie« zu setzen wäre jedoch der falsche Ansatz für eine westliche und deutsche Politik. Eine andere Frage ist, ob sich Europa überhaupt aktiv im Kaukasus engagieren und ob Deutschland dabei eine führende Rolle spielen will. Zumindest Beslan hat deutschen und EU-Überlegungen zu Recht Auftrieb gegeben, eine Rußland einschließende kooperative Stabilitätspolitik für den Nordkaukasus und damit auch für Tschetschenien zu entwickeln.

Zu wem gehören Belarus, die Ukraine und Moldova?

Nach der Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder verbleibt zwischen der EU und Rußland eine »Pufferzone«, bestehend aus Belarus, der Ukraine sowie Moldova. Diese ehemaligen Sowjetrepubliken sind mehr als andere GUS-Staaten durch Bevölkerungsminoritäten mit Rußland verbunden. Auch insofern betrachtet Rußland sie als seine »natürliche« Einflußzone und verfolgt die Bestrebungen der EU, die »Neuen Nachbarn« für sich zu gewinnen, mit kritischem Blick. Aktuelle Differenzen zeigen sich allerdings in konkreten Fällen.

- ▶ Während die EU die diktatorischen Verhältnisse in *Belarus* anprangert, ist vom offiziellen Moskau kein Wort der Kritik an den inneren Verhältnissen im Reich Lukaschenkos zu hören.
- ▶ Während die EU und der Westen in der *Ukraine* im Umfeld der Präsidentschaftswahlen auf einen Sieg der nach Europa orientierten Kräfte und auf eine weitere Demokratisierung setzten, unterstützte Moskau die etablierten Kreise mit dem Ziel, das Land noch fester an Rußland zu binden.

Diese russische Politik wirft die Frage auf, ob die im »System Putin« geltenden innenpolitischen Ordnungsvorstellungen nicht längst auf diejenigen Nachbarstaaten übertragen werden, die mit Rußland in einem »Einheitlichen Wirtschaftsraum« eng verbunden sind bzw. werden sollen (Ukraine, Belarus, Kasachstan). Falls dies zuträfe, bestünde die Gefahr, daß sich erneut eine Spaltung in Europa nach unterschiedlichen Ordnungsprinzipien vollziehen könnte – in ein »Wider Europe« der EU, das einem »Wider Russia« gegenübersteht.

Noch brisanter als die offene Unterstützung konservativer politischer Kräfte (Ukraine) oder die kritiklose Duldung autoritärer oder diktatorischer Regime (Kasachstan, Belarus) in seinen unmittelbaren Nachbarstaaten ist jedoch Rußlands Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer GUS-Mitglieder – in direkter Negation seines für Tschetschenien geltend gemachten Anspruchs auf Nichteinmischung in innere Angelegenheiten souveräner Staaten:

- ▶ In *Moldova* unterstützt Rußland das separatistische neosowjetische Transnistrien und weigert sich, seine dortige Militärpräsenz aufzugeben.
- ▶ In *Georgien* zögert Rußland die Schließung seiner Militärbasen weiter hinaus und ergreift Partei für die Separatistenbewegungen in Abchasien und Südossetien.

Deutschland hat dagegen die Stärkung der Souveränität der ehemaligen Sowjetrepubliken zur Maxime seiner Außen-

politik gemacht und kann deren Verletzung durch Rußland eigentlich nicht hinnehmen. Darüber hinaus ist Deutschland aufgerufen, die Sorgen der neuen östlichen EU-Mitglieder vor dem Aufkommen russischer neoimperialen Tendenzen ernst zu nehmen und keine Fronten innerhalb der EU-Politik gegenüber Rußland entstehen zu lassen. Denn noch immer ist die Vorstellung eines geostrategischen »Nullsummenspiels« (der Gewinn einer Seite ist ein Verlust für die andere) im Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Establishment weit verbreitet – auch Putin hängt ihr an, wenn er davon spricht, daß es in den internationalen Beziehungen »kein Vakuum« geben könne (auf einer Konferenz der russischen Botschafter am 12.7.2004). Eine der Aufgaben deutscher Politik müßte es sein, derartigen Auffassungen entgegenzutreten.

Wie weiter in den deutsch-russischen Beziehungen?

Die deutsch-russischen Beziehungen zeichnen sich, wie oben dargestellt, durch eine besondere Breite und Intensität aus. Und sie sollen und werden sich weiter vertiefen. Es stellt sich die Frage, an welchen Punkten die Politik auf Regierungsebene fördernd ansetzen kann.

Die von Bundeskanzler Schröder skizzierte Vision einer strategischen Partnerschaft mit Rußland umfaßt, wie in den Bundestagsdebatten am 24. November und am 1. Dezember 2004 deutlich wurde, die *Friedenssicherung* in Europa, die *Wirtschaftskooperation* einschließlich der Energiekooperation sowie die Verankerung der Partnerschaft in der »*Zivilgesellschaft*« beider Länder.

Im Sinne der wohlfundierten Annahme, daß demokratisch und rechtsstaatlich verfaßte Staaten mit Marktwirtschaft und freiem Wettbewerb sowie einer lebendigen Zivilgesellschaft die beste Garantie für Friedenssicherung sind, sollte das Ziel einer entsprechenden Transformation Rußlands und der anderen GUS-Staaten Vorrang vor allen anderen Aufgaben haben.

Diese Prioritätensetzung empfiehlt sich auch aus folgenden Gründen: Würde Friedenssicherung als eine bilaterale deutsch-russische Aufgabe angesehen, bei der militärische oder sogar militärstrategische Aspekte im Vordergrund stehen, wäre deutsche Politik ohne die USA und ohne die NATO überfordert. Die Perspektive einer Partnerschaft mit Rußland bei der Friedenssicherung in Europa rückt andererseits das Thema Tschetschenien an exponierte Stelle der deutsch-russischen wie auch europäisch-russischen Beziehungen, über das ein offener Dialog geführt werden muß.

Wirtschaftskooperation als Kernelement einer strategischen Partnerschaft zwischen Staaten ist problematisch – nicht zuletzt deswegen, weil sich der Staat mit einem politisierten und daher ungeeigneten Instrument in Belange der Unternehmen einmischen würde. Außerdem läßt sich bloße Wirtschaftskooperation unter Ausparung anderer Aspekte in der deutschen wie europäischen Öffentlichkeit – außerhalb von Wirtschaftskreisen – nicht vermitteln. Umgekehrt bietet die Entwicklung des Partnerlandes zu einer Marktwirtschaft, die Anliegen der strategischen Partnerschaft sein sollte, erst die Grundlage für eine sich auf privatwirtschaftlicher Basis entfaltende Wirtschaftskooperation.

Begegnungen von Vertretern der Zivilgesellschaften, in der jetzigen Form als Treffen von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens beider Länder (»Petersburger Dialog«), weisen in die richtige Richtung, beeinflussen bisher aber die russische öffentliche Debatte zu wenig. Eine Ausweitung der Kontakte, wie sie beispielsweise in Form einer Verstärkung des deutsch-russischen Jugendaustauschs vorgesehen ist, erscheint daher geboten.

Um bei der strategischen Partnerschaft das Transformationsziel nicht aus dem Auge zu verlieren, sollte sachlich begründete Kritik an Verhältnissen im Partnerland auch öffentlich geäußert werden. Kritik hinter den Kulissen ist der Herausbildung einer lebendigen, engagierten Öffentlichkeit nicht dienlich, ihr eher abträglich.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2004
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364